Zufolge der allerhöchsten EntschlieÙung vom 6. Feber 1847, kundgemacht mit h. Gubernial-Erlasse vom 11. April 1847, Zahl 9357, ist mit den, laut des beigehefteten Protokolles vom 21. Mai 1848 bevollmächtigten Gemeinderepräsentanten der nachstehende

Vergleich

abgeschlossen worden.

Erstens:

ÜberläÙt das k.k. Aerar mit Vorbehalt der Rechte Dritter und ohne Gewährleistung wider dieselben **der Gemeinde Neustift in das volle Eigentum:**

- a) Die weiter unten beschriebenen Wälder.
- b) Die landesfürstlichen freien/:öde Gründe:/, welche **sich zerstreut zwischen den Höfen in und um das Dorf dann an den Wegen befinden**, und nicht zum unmittelbaren Gebrauche des k.k. Aerars dienen. Jedoch ist die Frage, welche von diesen freien zum Gebrauche des k.u.k. Aerars dienen, ehe sie von der Gemeinde auf eine andere Art als zur Weide benützt werden dürfen, von der Montanbehörde zu entscheiden.

Zweitens:

Die Ausübung der Weide in den der Gemeinde überlassenen Waldungen und der Bezug der Alpennotdurft für die in oder an denselben liegenden wem immer gehörigen Alpen hat nach der bisherigen Übung fortzubestehen.

Drittens:

wurde gestrichen.

Viertens:

wurde gestrichen. Der gestrichene Text lautete:

~~„verpflichtet sich die Gemeinde Neustift für den Fall, als sie früher oder später aus den ihr gegenwärtig in das Eigentum überlassenen Waldkomplexen einen Überfluss an Holz erübrigen sollte, diesen dem k.k. Aerar zum Vorkaufe anzubieten.“~~

Fünftens:

Die von dem k.k. Aerar über das Nachklauben, Samen sammeln und andere derlei Nebennutzungen in den an die Gemeinde überlassenen Wäldern mit Privaten bereits abgeschlossenen

Pachtverträge bleiben in der Art aufrecht, dass die Gemeinde von dem Tage der Verfälschung dieser Vergleichs-Urkunde in die Rechte und Verbindlichkeiten des k.u.k. Aerars als Verpächters tritt.

Sechstens:

Sollen die der Gemeinde überlassenen Waldungen mit Dazwischenkunft des k.k. Landgerichts und des k.k. Forstamtes, dann aller Anrainer nach der sofortigen Genehmigung dieses Vergleiches ungesäumt auf Kosten der Gemeinde vermarktet und hierüber Vermarktungs- und Grenzrevisionsprotokolle errichtet werden, welche diesem Vergleich als wesentliche Bestandteile desselben nachträglich beizulegen sind und als solche keiner weiteren Ratifikation unterzogen werden sollen, indem diese schon durch die höhere Genehmigung des vorliegenden Vergleiches als erteilt zu betrachten ist. *Es folgt die Streichung der Bestimmung, wonach die Gemeinde Neustift die Hälfte der Kosten der „Abmarkung“ zahlen sollte.*

Siebtens:

Leistet die Gemeinde Neustift für sich und sämtliche Gemeindeglieder auf alle ihr von der k.u.k. Waldservituten-Ablösungs-Kommission nicht ausdrücklich vorbehaltenen Nutzungen und Bezüge, also auf das Streumachen, Grasmähen usw. aus dem vorbehaltenen Staatswäldern sowohl als aus den anderen Gemeinden überlassenen Wäldern feierlichst Verzicht.

Achtens:

Der gegenwärtige Vergleich ist für die Gemeinde Neustift gleich nach dessen Fertigung bindend, während die k.k. Waldservituten-Ausgleichungs-Kommission sich die Ratifikation des hohen Finanzministeriums vorbehält, wobei festgesetzt wird, dass die der Gemeinde zugeordneten Waldungen erst von dem Tage der nach der obigen Vermarktung zu erfolgenden Vergleichsverfälschung **als Gemeindeeigentum zu behandeln** sind.

Neuntens:

Die vergleichenden Teile ermächtigen sich gegenseitig zur Erwirkung der Verfälschung dieser Vergleichsurkunde.

Zehntens:

Die **in das Eigentum der Gemeinde Neustift übergehenden Wälder** sind folgende:

.....
.....

die vorstehenden Waldungen liegen sämtlich im Hauptthale Neustift, dann

1448

in den dortigen Nebenthälern(?) und Obernberg und grenzen in ihrem ganzen Umfange:

1. an die Vulpmeser Brandfelder, dann an die Marktbühler Waldung und an den Vulpmeser Gemeindegrenzung zum Teil mitsamt Zäunen und zum Teil mittels einem Grat.
2. an Mähder mittels Zäunen und an das Hochgebirg.
3. ebenfalls an Mähder und an das Hochgebirg mittels Zäunen.
4. an den Pfurtschallerbach, dann an einen Steig und an den Ohmesbergwald mittels Zaun.

Es versteht sich übrigens von selbst, dass unter diesen Waldungen der gesamte bestockte und unbestockte Grund und Boden, welcher bereits von der k.k.

Forsteigentumsaufrechterungskommission als ein Privateigentum anerkannt wurde, nicht begriffen sein können und derselbe sohin auszuscheiden sei, weil hierüber dem k.k. Aerar kein Verfügungsrecht mehr zusteht.

Elftens:

Verpflichtet sich die Gemeinde Neustift für den Fall, als sie in den ihr überlassenen Waldungen nach Deckung ihres Haus- und Gutsbedarfes Holzüberschüsse erübrigen sollte, diese den gegenwärtig in Vulpmes bestehenden Gewerben und zwar vorzugsweise den radizierten Gewerben gegen ein wie bisher im Wege des Übereinkommens festzusetzendes Entgelt zu überlassen.

Zwölftens:

Das l.f. (landesfürstliche) Teilhoheitsrecht wird sich auf den Ruetzbache von Seite der k.k. Aerars vorbehalten. Die Ausübung der Driftberechtigungen hat sich nach den in dieser Beziehung zu erlassenden forstpolizeilichen Bestimmungen zu richten.

Zu Urkunde dessen folgen die Unterschriften unter Beidrückung der Stampiglie der vergleichenden Teile. Geschehen bei dem k.u.k. Landgerichte zu Mieders am 30. Juni 1848.

Wird im Namen des Tirol.Guberniums als Kommunal-Kuratellbehörde zugestimmt. *Unterschrift*

Es folgen zahlreiche weitere Unterschriften

Dieser Vergleich wird von Seite des Finanzministeriums hiemit bestätigt. Wien am 19. August 1848 (*und noch eine Unterschrift*).